

Das nächste **Online-Treffen** wird am **Die. 6. Mai 2025 von 18 – 19:30 Uhr** stattfinden.

<https://helsinki.zoom.us/j/67380775962?pwd=SDdSbDBEd2tyL3FOVE1mOEgoNFNpQTO9>

(Passcode: 508476, Meeting ID: 673 8077 5962)

Tagesordnung hier: <https://cryptpad.fr/pad/#/2/pad/edit/uDL8OyC2aRJqmjmErszpl+fi/> Bitte Tops eintragen.

Bitte **ERKLÄRUNG**
aus Hannover unterschreiben

**GLEICHE
SOZIALE
RECHTE
FÜR ALLE**

ERKLÄRUNG als GRUPPE unterschreiben

<https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/>

Die Erklärung des Treffens in Hannover wurde bisher von 34 Organisationen unterzeichnet. Alle, die mit dem Inhalt des Aufrufs einverstanden sind, werden gebeten, den Aufruf zu unterzeichnen. Wir werden den Aufruf so bald wie möglich veröffentlichen.

Auch im Hinblick auf die Folgekonferenz, die im Herbst in Berlin stattfinden soll, ist die Unterzeichnung der Erklärung von politischer Bedeutung.

Bis zum 29. April 2025 wird in der SPD über den Koalitionsvertrag abgestimmt, am 7. Mai soll Friedrich Merz zum Bundeskanzler gewählt werden. Danach werden die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages umgesetzt. Die Rechte von Geflüchteten und Erwerbslosen stehen weiterhin im Fokus sozial-politischer Angriffe. Der Newsletter Nr. 11 enthält zahlreiche Einschätzungen zum Koalitionsvertrag, die erahnen lassen, welche Aufgaben in den kommenden Monaten auf die antirassistische Bewegung zukommen.

BEZAHLKARTE: „Wir wollen, dass die Bezahlkarte deutschlandweit zum Einsatz kommt, und werden ihre Umgehung beenden.“ (Seite 17) RA Oberhäuser hält in Legal Tribune eine Änderung des AsylbLG für eine bundeseinheitliche Regelung für möglich. Opt-out-Regelungen wären dann wohl nicht mehr denkbar. Zu befürchten ist, dass auch der Gutscheintausch geahndet und Personen, vor allem Geflüchtete, sanktioniert werden könnten. Da mit der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) auch das AsylbLG zum Nachteil von Geflüchteten geändert wird, ist zu erwarten, dass dies in einem Aufwasch geschieht.

IRREGULÄRE EINREISE: „Die Grenzkontrollen zu allen deutschen Grenzen sind fortzusetzen bis zu einem funktionierenden Außengrenzschutz und der Erfüllung der bestehenden Dublin- und GEAS-Regelungen durch die Europäische Gemeinschaft.“ Wir sollten uns fragen, welche Diskussion aus welchem Interesse hier geführt wird. Der Migrationsforscher Franck Düvell rechnet vor: Von 747 Millionen Einreisen in die Europäische Union sind gerade einmal 0,04 Prozent irregulär. Das entspricht rund 300.000 Menschen. Flüchtlinge, die keine andere Möglichkeit haben, als irregulär einzureisen, aber durch ihren Asylantrag einen regulären Status erhalten, können nicht als irregulär bezeichnet werden. Der Migrationsforscher Hein de Haas stellt fest, dass rund 2 Millionen Migrant*innen, Jahr für Jahr regulär in die Europäische Union einreisen. Davon sind etwa 3 bis 3,5 % irregulär. Das entspricht etwa 60.000 bis 65.000 Menschen. Für die antirassistische Bewegung ist es wichtig die Debatte zur „irregulären Migration“ etwas zu ordnen.

<https://www.unwto.org/news/international-tourism-recovers-pre-pandemic-levels-in-2024#:~:text=Europe%2C%20the%20world's%20largest%20destination,supported%20by%20strong%20intra%20regional%20demand.>

Koalitionsvertrag, Einschätzungen und Folgen

KOALITIONSVERTRAG

April 2025

Verantwortung für Deutschland

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD-Bundestagsfraktion

21. Legislaturperiode

<https://www.wiwo.de/downloads/30290756/7/koalitionsvertrag-2025.pdf>

Koalitionsvertrag 2025 – CDU,CSU,FDP

Westbalkanregelung Familienzusammenführung

Ausreisearrest Sichere Herkunftsstaaten Rechtsbeistand A-Haft

Migrationsabkommen

Irreguläre Migration

Dublin–Abkommen Rückübernahmeabkommen

GEAS

Ukraine und AsylbLG

Verbindungselement Drittstaaten

- **Widersprüche:** Deutschland soll ein „**einwanderungsfreundliches Land bleiben**“, aber **Migration** wird als Teil „**multipler Bedrohungen**“ verstanden und das „**Ziel**“ gesetzt, **Migration zu „begrenzen“**.
- Die Koalition will irreguläre Migration begrenzen, schränkt gleichzeitig legale Migrationskanäle, wie die **erfolgreiche Westbalkanregelung** oder die **Familienzusammenführung** ein.
- **Widersprüche:** „**Grundrecht auf Asyl**“ soll unangetastet bleiben, „**Flüchtlinge an den Außengrenzen abgewiesen werden.**“
- „**Dauerhafter Ausreisearrest**“, „**Rechtsbeistand bei Abschiebungen abschaffen**“, (Etwa 50 % der Haftanträge für Abschiebehaft sind rechtswidrig) **Staaten wie Tunesien** in dem Verfolgung existiert als sicheres Herkunftsland anerkennen.
- Migrationsabkommen mit **Kenia und Kirgistan** obwohl es so gut wie keine Migrant*innen aus beiden Ländern gibt. Auch keine irreguläre Migration. Kirgistan vielleicht, da über Kirgistan Abschiebungen nach Afghanistan organisiert werden könnten. War bereits im Gespräch.
- Grenzkontrollen „**fortführen, bis zu einem funktionierenden Außengrenzschutz**“.
- 2024 gab es laut Frontex 239.000 irreguläre Einreisen, 2023 etwas mehr als 300.000. Von etwa 747 Millionen Einreisen in die EU waren demnach etwa 0,04 % Prozent irregulär. Diese 0,04 Prozent stehen im Focus (rechter Diskussion). Grenzkontrollen bewirken nachweislich wenig. Die Kosten der Grenzkontrollen innerhalb der EU werden auf etwa 50 Milliarden € auf zwei Jahre geschätzt.
- Dublin–Abkommen wird auch weiterhin nicht funktionieren
- Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten wird es ebenfalls nicht geben, da die Staaten selbst Forderungen, wie Visaerleichterungen haben.
- **GEAS vieles ist nicht durchgedacht**, basiert auf sehr wackeligen Konstrukten, die Last liegt nach wie vor bei den EU–Randstaaten.
- Wird ukrainische Geflüchtete ausgrenzen, den Zugang zur Gesellschaft erschweren. | Was nicht im KoV steht, wie sie mit etwa 1 Mio. ukrainischen Geflüchteten umgehen wird, wenn der Aufenthalt nach der Massenzustromsrichtlinie ausläuft.
- Die Auslagerung von Asylverfahren ist explizit nicht vorgesehen, soll aber innerhalb der EU geklärt werden ob das „Verbindungselement“ gestrichen werden kann. D. h. zwischen den Geflüchteten und den Staaten, besteht absolut keine Verbindung mehr, nicht einmal die Durchreise durch das Land. Damit wäre das „Ruanda–Modell“ wieder in der Diskussion.

<https://fluchtforschung.net/migrationssteuerung-und-integration-kann-es-mit-den-im-koalitionsvertrag-skizzierten-massnahmen-gelingen/>
https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/581383/EPRS_STU%282016%29581383_EN.pdf
<https://www.sueddeutsche.de/politik/migration-illegale-einreisen-eu-frontex-zahlen-li.3182796>

NETZWERK
FLUCHTFORSCHUNG

11.04.2025

Asyl(gerichts)verfahren und Haft

"Aus dem 'Amtsermittlungsgrundsatz' muss im Asylrecht der 'Beibringungsgrundsatz' werden"

Bezahlkarte bundesweit durchsetzen

Bundespolizei soll Kompetenz bekommen, vorübergehende Haft oder Ausreisegewahrsam zu beantragen.

[LEGAL TRIBUNE ONLINE](#)
09.04.2025

- Auf der Arbeitsgruppenebene war das noch umstritten.
- „Für Nicht-Juristen ist dies ein Satz, den man schnell überliest. Für Juristen könnte es ein Dammbuch sein. Der Beibringungsgrundsatz gilt im Zivilrecht und bedeutet, dass die Parteien selbst entscheiden, was Gegenstand eines Verfahrens ist. Es wird also nur über das gesprochen und im Gerichtsverfahren entschieden, was von den Personen ins Verfahren eingebracht wird.“
- „Zu der Verschärfung sind wiederum die Migrationsrechtler einer Meinung: Rechtlich wäre das möglich, praktisch führt es nicht zu einer Verringerung der Flüchtlinge. **„Ich halte eine Änderung im Asylbewerberleistungsgesetz für eine bundeseinheitliche Regelung für möglich.** Alle Erkenntnisse zeigen aber, dass die Bezahlkarte keine Auswirkung auf die Anzahl der Flüchtlinge hat“, so Anwalt Oberhäuser.“
- "Wenn die Bundespolizei Zugriff auf Ausländerakten bekommt und dann migrationsrechtlich einordnen kann, ob ein Grund für den Gewahrsam oder Haft besteht, kann man rechtsstaatlich wohl nichts einwenden – aber das ist schlicht und ergreifend alles nicht gewährleistet. Wenn das so kommt, wird Deutschland noch mehr Fälle von rechtswidrigem Gewahrsam und Inhaftierung haben“, meint er. **Denn ohne die genaue juristische Analyse des Aufenthaltsstatus einer Person könne nicht festgestellt werden, ob es Gründe für eine Inhaftierung gibt.**
- Momentan dürfen Ausländerbehörden und Landespolizei Haftanträge stellen.

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/sondierung-cdu-spd-migration-amtsermittlung-zurueckweisung-bezahlkarte>
<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/koalitionsvertrag-cdu-csu-spd-merz-kanzler-themen-wie-es-weitergeht>

Ohne politische Gegenprojekte geht es nicht

Ohne politische Gegenprojekte geht es nicht

[MAXIMILIAN PICHL](#)
09.04.2025

- Weil viele Hoffnungen auf Gerichte setzen, um Grundrechtsverstöße zu korrigieren: 1. Zugang zum Recht zu bekommen ist schwer; 2. Recht braucht lange, gerade bis höchste Instanzen entscheiden vergehen Jahre; 3. Gerichte agieren nicht im luftleeren Raum + korrigieren meistens nicht komplette Gesetze. **Das heißt nicht, dass man Recht nicht mobilisieren sollte, aber ohne politische Gegenprojekte geht es nicht.**

<https://bsky.app/profile/maxpichl.bsky.social/post/3lmfwxe6odk23>

Familiennachzug

Koalitionsvertrag

Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten auf zwei Jahre aussetzen

[MEDIENDIENST MIGRATION](#)

- In Deutschland leben derzeit rund **351.400 Personen mit subsidiären Schutz.**
- **2024 wurden rund 12.000 Visa** an Angehörige subsidiär Schutzberechtigten erteilt.
- **8% der Visa** für Familienzusammenführung gingen an Angehörige **von subsidiär Schutzberechtigten.**
- Die Hälfte lebt länger als 6 Jahre in D.
- Trennung verursacht psychische Belastung der Personen in D.
- Subsidiärer Schutz erhalten Personen denen bei einer Rückkehr ernsthafter Schaden droht.

09.04.2025

- Urteil des EMRK 2021, komplette Aussetzung des Familiennachzugs ist nicht erlaubt.

<https://mediendienst-integration.de/artikel/was-bedeutet-ein-stopp-des-familiennachzugs.html>

Leistungsentzug

Sanktionen und
Leistungsentzug

GESELLSCHAFT FÜR
FREIHEITSRECHTE

09.04.2025

- „Mit diesem Koalitionsvertrag steht der **größte Abbau von Grund- und Menschenrechten seit Jahrzehnten** bevor: Noch mehr Überwachung, kein legaler Weg mehr, um in Deutschland Schutz zu suchen, und der **Sozialstaat bis zu Unkenntlichkeit ausgehöhlt**. Dagegen werden wir kämpfen. Wer vor Krieg oder Verfolgung flieht, findet in Deutschland keinen Schutz mehr. Die Koalition will Asylsuchende an der Grenze zurückweisen, den Familiennachzug aussetzen und sämtliche Aufnahmeprogramme beenden. Um Menschen zur Ausreise zu zwingen, sollen sie zeitlich unbegrenzt in Haft kommen. Das Bürgergeld wird abgeschafft. **Die neue Grundsicherung sieht Sanktionen wie den vollständigen Leistungsentzug vor**. Preissteigerungen werden erst mit mehrjähriger Verzögerung zu Leistungserhöhungen führen. Ein menschenwürdiges Existenzminimum ist so nicht gewährleistet.“

<https://bsky.app/profile/freiheitsrechte.org/post/3lmfk5g5uw22f>

Drittstaatskonzepte

Drittstaatskonzepte
Externalisierung von Asyl

MAXIMILIAN PICHL
April 2025

- **Drittstaatskonzepte und beschleunigte Asylverfahren – wie der materielle Flüchtlingsschutz ausgehöhlt wird**
- Hinter der Idee von Drittstaatskonzepten steckt das Ziel, dass Asylsuchende grundsätzlich nicht in Europa um internationalen Schutz ersuchen sollen. Doch was passiert, wenn es Asylsuchende dennoch schaffen, europäisches Territorium zu erreichen?

<https://externalizingasylum.info/de/drittstaatskonzepte-und-beschleunigte-asylverfahren/>

Grundrechte und die digital- und netzpolitischen Bereiche

Koalitionsvertrag

Das planen Union und SPD

NETZPOLITIK.ORG
09.04.2025

- „Bei der Schnittmenge von Migration und Digitalem steht ein weiterer **Ausbau des Ausländerzentralregisters (AZR)** ganz vorn. Schon heute ist das AZR einer der ganz großen staatlichen Datentöpfe. Zusätzlich soll der Datenaustausch verbessert werden, was zu noch mehr [zugriffsberechtigten Stellen](#) führen könnte. Das alles soll in einem **„Gesetz zur Weiterentwicklung der Digitalisierung der Migrationsverwaltung“** umgesetzt werden – „zügig“ heißt es im Papier.“
- Überraschenderweise werden **Bezahlkarten** nicht explizit in der schwarz-roten Einigung erwähnt. Es finden sich aber mögliche Bezüge im Text. Etwa sollen Anreize vermindert werden, „in die Sozialsysteme einzuwandern“.

<https://netzpolitik.org/2025/koalitionsvertrag-das-planen-union-und-spd-in-der-netzpolitik/>

Weitere Angriffe auf die Rechte Geflüchteter

- **„Gefahr durch Abschaffung des Amtsermittlungsgrundsatzes**
- In dieselbe Richtung weist die Ankündigung unter Rn. 2053, den seit jeher im Verwaltungsprozess geltenden Amtsermittlungsgrundsatz offenbar

Amtsermittlungs- grundsatz

einschränken und auf Parteivortrag „konzentrieren“ zu wollen. Das ist problematisch, denn Bürger*innen stehen einzeln einem hoheitlich handelnden Staat gegenüber, der über erhebliche Machtressourcen verfügt. Der Amtsermittlungsgrundsatz soll in diesen Fällen sicherstellen, dass Gerichte den Sachverhalt umfassend aufklären können. Dies aufzugeben bedeutet auch, die Bindung der Institutionen an Recht und Gesetz zu schwächen.“

Menschenrechte

- „In der Migrationspolitik widerspricht dieser Koalitionsvertrag der Realität und stellt eine Absage an gelingende Migration und den Schutz der Menschenrechte dar.“

Zurückweisungen

- „Zurückweisungen an den Grenzen verstoßen gegen das international geltende Refoulement-Verbot und die in der EU geltende Dublin-III-Verordnung.“

Außengrenzen

- „Auch an den europäischen Außengrenzen soll die Abschottung vorangetrieben werden: durch die geplante Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex. **Schon im Jahr 2023 hatte Frontex ein Budget von 845,4 Mio. Euro**, obwohl Frontex Menschenrechtsverletzungen duldet, wie in der Vergangenheit mehrfach belegt wurde.“

Sichere Herkunftsländer

- „Die **Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer** will Fakten bei der Abschaffung des individuellen Asylrechts schaffen, indem mit vorgegebenem Ergebnis geprüft wird.“

AsylbLG

- „Im Leistungsrecht soll an den bestehenden Anspruchseinschränkungen, also an der verfassungswidrigen Kürzungspolitik festgehalten werden. Dies bedeutet eine massenhafte Verletzung des Sozialstaatsgebots und der Menschenwürde. Stattdessen müsste das diskriminierende und rassistische Sonderrecht des Asylbewerberleistungsgesetzes ein für alle Mal abgeschafft werden. Es liegt auf der Hand, dass der komplette Leistungsausschluss europarechtswidrig ist.“

Leistungseinschränkungen vor dem Europäischen Gerichtshof

- „**Das Bundessozialgericht hat gerade ein Verfahren zur Prüfung der Konformität der Leistungseinschränkungen von Schutzsuchenden beim Europäischen Gerichtshof anhängig gemacht**, deren Ergebnis will die Koalition offenbar nicht abwarten, sondern laut Koalitionsvertrag im Gegenteil einen Totalausschluss zu beschließen. Das bedeutet neben dem verheerenden rechtspolitischen Signal ein Zuwachs an Bürokratie und gerichtlichen Verfahren.“

Uferlose Ausweitung von Ausweisungen

- „**Wenn zudem bereits Widerstand und tätliche Angriffe gegen Vollstreckungsbeamte zu einer Regelausweisung führen können**, führt dies zu einer uferlosen Ausweitung: So können bereits kleine Konflikte mit der Polizei – die ohnehin in einem asymmetrischen Machtverhältnis stattfinden – zu einem Verlust des Bleiberechts und damit zum Verlust der gesamten Existenz führen.“

Ausweisung wegen tätlichen Angriff

REPUBLIKANISCHER
ANWÄLTINNEN UND
ANWÄLTEVEREIN E.V.
RAV

10.04.2025

<https://www.rav.de/publikationen/mitteilungen/mitteilung/koalitionsvertrag-gefaehrdet-rechtsstaat-1124>

Sichere Herkunftsländer

Migrationspläne gehen nach hinten los

VOLKSVERPETZER

10.04.2025

- **Koalitionsvertrag: Diese Migrationspläne werden nach hinten losgehen**
- Wir schauen auf drei konkrete Punkte aus dem Koalitionsvertrag, bei denen sehr viel Chaos-Potenzial besteht.
- **1. Zurückweisungen an den Grenzen: faktisches Ende von Schengen – auch von GEAS?**
- **2. Koalition will nicht „ordnen und steuern“, sondern in die Irregularität drängen**
- **3. Gerichte zweifeln an sicheren Herkunftsstaaten – schwarz-rot will mehr davon?**

https://www.volksverpetzer.de/analyse/koalitionsvertrag-migrationsplaene-eigentor/?utm_source=bsky

Gerichtsbeschlüsse

Gerichtsbeschlüsse

HRRF

Ausgabe 191

11.04.2025

- **Gute Gesetzgebung – Zum Koalitionsvertrag**
- **Dublin-Verfahren** – Bundesverfassungsgericht rügt unsubstantiierte Dublin-Verfassungsbeschwerde
- **Menschenrechtsschutz** – EuGH-Generalanwalt schlägt Beweislastumkehr in Pushback-Fällen vor | Menschenrechtsgerichtshof erlässt vorläufige Maßnahme gegen Polen Sicherer Herkunftsstaat
- **Asylverfahrensrecht** – Sicherer Herkunftsstaat – ja, aber
- **Aufnahmebedingungen** – Leistungseinstellung mit Tücken
- **Aufenthaltsrecht** – Chancen-Aufenthalt auch für Minderjährige

<https://hrrf.de/i191.html>

Zum Staatsangehörigkeitsrecht

Das neue STAATSANGEHÖRIGKEITS-GESETZ

DEUTSCHLANDFUNK NOVA

Podcast

11.04.2025

- Ziel eines republikanisch-demokratischen Staatsangehörigkeitsverständnisses ist es, die Lücke zwischen Wohn- und Wahlbevölkerung in Deutschland zu schließen, erklärt der Jurist. So dürfen etwa 12 Millionen in Deutschland lebende Menschen ohne deutschen Pass nicht wählen.
- **Das soll jetzt mit dem neuen Koalitionsvertrag erneut verändert werden.**
- <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/einbuengerung-wer-darf-deutsch-werden>

Das Staatsangehörigkeitsrecht – und wie republikanisch-demokratische Elemente gleichsam durch neue Exklusionsinstrumente unterlaufen werden. (M. Pichl)

Rückschrittskoalition gegen Menschenrechte und Humanität

Pressemitteilung

PRO Asyl e. V.

09.04.2025

- PRO ASYL ist alarmiert über die Ergebnisse der Koalitionsgespräche, die massive Verschärfungen für Schutzsuchende festschreiben, statt sich an Humanität und geltendem Recht zu orientieren.

<https://www.proasyl.de/pressemitteilung/rueckschrittskoalition-gegen-menschenrechte-und-humanitaet/>

Notizen zum Koalitionsvertrag

Lobbyist:innen
Koalitionsvertrag

Abgeordnetenwatch.de

10.04.2025

Einfluss hinter verschlossenen Türen

Wie Lobbyist:innen versuchten, den Koalitionsvertrag mitzuschreiben

Ein Rüstungskonzern lieferte fertige Textbausteine. Ein Interessenvertreter bat darum, vertrauliche Unterlagen ‚versehentlich‘ im Kopierer liegen zu lassen.

<https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/wie-lobbyistinnen-versuchten-den-koalitionsvertrag-mitzuschreiben>

„Katalysator für rechte Kräfte“

T-ONLINE

10.04.2025

Streitpunkt Migration

SPD-Gruppe empfiehlt Ablehnung des Koalitionsvertrags

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100673618/spd-gruppe-empfoehlt-ablehnung-des-koalitionsvertrags.html

Mindestlohn
Koalitionsvertrag

DER SPIEGEL

13.04.2025

Reaktion auf Merz-Aussagen SPD will an Erhöhung des Mindestlohns festhalten

Friedrich Merz stellt die von der SPD geforderte und im Koalitionsvertrag vereinbarte Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro infrage

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/mindestlohn-spd-will-an-erhoehung-festhalten-trotz-kritik-von-friedrich-merz-a-3b5d765d-479c-4ded-9330-23d7a9b407be>

Kommissionen
Koalitionsvertrag

TAZ

12.04.2025

Kommissionen als Ritualobjekte

„Sie haben richtig gezählt: Es sind vier Kommissionen, über deren Zusammensetzung, Gründungstreffen und interne Verwerfungen die Öffentlichkeit sich dann freuen darf, bevor die Regierung beschließt, welchen Teil der Arbeitsergebnisse sie wahrnehmen möchte und was davon sie versenkt.“

<https://taz.de/Schwarz-roter-Koalitionsvertrag!/6081193/>

Nachrichten – Presseveröffentlichungen

Abschiebungen innerhalb Europas

INFORMATIONSVBUND
ASYL & MIGRATION

04.04.2025

„Der EGMR hat in seiner Entscheidung erneut darauf hingewiesen, dass die Staaten auch bei Abschiebungen innerhalb Europas immer dazu verpflichtet sind, die Gefahr von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, insbesondere von Verletzungen der Rechte aus Art. 3 EMRK, zu prüfen.“

<https://www.asyl.net/view/nach-urteil-des-egmr-zurueckweisungen-an-grenzen-nach-seehofer-deal-vollstaendig-ausgesetzt>

Alle 13 Minuten eine rechtsextreme Straftat

TAZ

05.04.2025

Rechtsextreme Gewalt – Drei Monate Deutschland

Politik und Öffentlichkeit streiten über Abschiebungen und Brandmauer, zugleich nimmt die rechte Gewalt in Deutschland rasant zu. Eine Chronik.

<https://taz.de/Rechtsextreme-Gewalt!/6077300/>

Begriff ‚illegale Migration‘

DER STANDARD

Interview

11.04.2025

„Die meisten als illegale Migranten bezeichneten Menschen sind Asylsuchende, die vom Gesetz her gar keine Möglichkeit der legalen Einreise haben. Ihr Grenzübergang ist per definitionem illegal, doch ersuchen sie dabei oder danach um Asyl, wird ihr Aufenthalt regulär.“

„Die Gründe und Ursachen von Flucht und Migration wiegen sehr viel stärker als die Abschreckung: Sei es das Risiko, auf gefährlichen Fluchtrouten sein Leben zu verlieren oder ein, zwei Jahre in der Türkei oder in Griechenland in einer geschlossenen Einrichtung untergebracht zu sein, keine Arbeitserlaubnis und keine Sozialbezüge zu bekommen.“

„Die Aufnahmebedingungen in Griechenland und Italien sind so schlecht, dass sich viele Ankommende auf den Weg nach Österreich, Deutschland, Frankreich machen.“

Wie sieht es mit der NS-
Vergangenheit der eigenen
Familie aus?

Bundesarchiv anfragen:

Am Ende des 2. Weltkriegs waren 8,5 Mio Deutsche Mitglied in der NSDAP (bei ca. 65 Mio Einw.).
Bundesarchiv anfragen: <https://x.com/EviSmokes/status/1910238390680715743?t=SVKREb57RZtSVTZwiGwQ3g&s=19>

Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit bedroht

Warum eine Migrationspolitik der Härte scheitern wird

Ein Gastbeitrag von [Petra Bendel](#), [Marcus Engler](#), [Birgit Glorius](#), [Bernd Kasperek](#), [J. Olaf Kleist](#), [Judith Kohlenberger](#), [Bernd Parusel](#), [Maximilian Pichl](#), [Hannes Schammann](#) und [Dana Schmalz](#)

DER SPIEGEL

11.04.2025

https://www.spiegel.de/politik/deutschland/migration-wissenschaftler-warnen-vor-politik-der-haerte-meinung-a-91e58627-de27-44b4-b40b-66c5b5dob7d5?sara_ref=re-so-tw-sh

Adressen	In eigener Sache – Kontaktadresse und Links
Signal-Gruppe	► Signal-Gruppe, bitte eine kurze Vorstellung von Neuen. https://signal.group/#CjQKIJoJKZEWjG69zadYQu4nyaadSdq-24mzf1RE7QQ_nQPhEhCNBm8T975mMqpcJos8ksl
Crypt-Pad	► Crypt-Pad. Tragt bitte eure Tops für das nächste Treffen in das Pad ein. https://cryptpad.fr/pad/#/2/pad/edit/uDL8OyC2aRJqmjErszpl+fi/
Mailverteiler	► Wer Protokolle und Newsletter erhalten möchte, bitte an info@asylblg-abschaffen.de schreiben. Homepage: https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/
Mastodon	Mastodon: https://systemli.social/@GleicheSozialeRechtefuerAlle/114038746542385189
Instagram	Instagram: https://www.instagram.com/gleichesozialerechtefueralle?igsh=MWZja3V1NzlvdWF1dQ==
Bluesky	Bluesky: https://bsky.app/profile/gleicherechte.bsky.social

Herausgeber des Newsletters und Zusammenstellung der Informationen

Gruppe AsylbLG abschaffen! Freiburg

info@asylblg-abschaffen.de

<https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/>